

**Erlass des Ministeriums für Soziales und Integration Baden-Württemberg
vom 1. April 2020, Az. 1443.1**

Die Regierungspräsidien haben für den jeweiligen Regierungsbezirk aufgrund von Artikel 1 (Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes) Nummer 2 (§§ 22, 23) des Gesetzes zum Ausgleich COVID-19 bedingter finanzieller Belastungen der Krankenhäuser und weiterer Gesundheitseinrichtungen (COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz) entsprechend § 7 Absatz 1 Satz 1 des Landeskrankenhausgesetzes Baden-Württemberg (LKHG BW) umgehend folgende Allgemeinverfügung bekanntzumachen:

Allgemeinverfügung aufgrund von Artikel 1 (Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes), Nummer 2 (§§ 22, 23) des Gesetzes zum Ausgleich COVID-19 bedingter finanzieller Belastungen der Krankenhäuser und weiterer Gesundheitseinrichtungen (COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz) entsprechend § 7 Absatz 1 Satz 1 des Landeskrankenhausgesetzes Baden-Württemberg (LKHG BW)

1.

Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen Befugnis zu vollstationären Behandlungen

1.1

Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen werden entsprechend § 7 Absatz 1 Satz 1 des Landeskrankenhausgesetzes Baden-Württemberg (LKHG BW) aufgrund von Artikel 1 (Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes), Nummer 2 (§ 22) des Gesetzes zum Ausgleich COVID-19 bedingter finanzieller Belastungen der Krankenhäuser und weiterer Gesundheitseinrichtungen (COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz) zur vollstationären Behandlung von Patientinnen und Patienten bestimmt, die einer nicht aufschiebbaren akutstationären Krankenhausversorgung nach § 39 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch bedürfen, wenn mit diesen Einrichtungen

1. ein Versorgungsvertrag nach § 111 Absatz 2 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) besteht,

2. ein Vertrag nach § 15 Absatz 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) in Verbindung mit § 38 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) besteht oder Einrichtungen, die von der gesetzlichen Rentenversicherung selbst betrieben werden, oder

3. ein Vertrag nach § 34 SGB des Siebten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VII) besteht,

und eine Kooperationsvereinbarung mit einem Akutkrankenhaus besteht. Nicht umfasst sind Rehabilitationseinrichtungen die als Behandlungsschwerpunkt Suchterkrankungen behandeln.

1.2

Die unter den Ziffern 1.1. genannten Einrichtungen gelten gemäß § 22 Absatz 1 Satz 2 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes (KHG) in der Fassung durch das COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz vom 27. März 2020 für die Behandlung von bis zum 30. September 2020 aufgenommenen Patientinnen und Patienten als zugelassene Krankenhäuser nach § 108 SGB V.

2.

Kooperationsvereinbarung, Mitwirkungspflichten

Die unter den Ziffern 1.1. genannten Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen schließen Kooperationsvereinbarungen mit mindestens einem Akutkrankenhaus. Dieses übernimmt das Belegungsmanagement für die Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtung.

Die Beteiligten sind zur Mitwirkung bei dem Zustandekommen einer Kooperationsvereinbarung verpflichtet.

Die Kooperationsvereinbarung berücksichtigt insbesondere u.a. folgende Aspekte:

- Angabe des kooperierenden Akutkrankenhauses, bevorzugt in räumlicher Nähe oder innerhalb bestehender Verbundstrukturen,
- getroffene Regelungen zum Belegungsmanagement durch das Akutkrankenhaus,
- Angaben zu geeigneten Patientengruppen (i.d.R. Negativbeschreibung); die Notfallversorgung ist grundsätzlich durch das Akutkrankenhaus zu leisten,
- vorzugsweise deckungsgleiche Indikation.

Der Schutzbedürftigkeit nicht entlassfähiger sowie dringend aufnahmebedürftiger Rehabilitanden ist durch geeignete Maßnahmen Rechnung zu tragen.

Der Abschluss der Kooperationsvereinbarung kann unter Verwendung der Mustervereinbarung (Anhang 1) erfolgen.

3.

Verfahren, Zuständigkeit

Die Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen legen die Kooperationsvereinbarung schnellstmöglich dem jeweils zuständigen Regierungspräsidium vor. Die Vereinbarung ist auf elektronischem Weg vorzulegen. Die Regierungspräsidien leiten die Kooperationsvereinbarung auf elektronischem Weg unverzüglich nachrichtlich an das Ministerium für Soziales und Integration, die Landesverbände der gesetzlichen Krankenkassen und den Verband der Ersatzkassen und die Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft.

Einzelheiten sind der Begründung zu entnehmen.

4.

Widerruf, Nebenbestimmungen

Diese Allgemeinverfügung kann jederzeit ganz oder teilweise widerrufen oder mit Nebenbestimmungen versehen werden.

5.

Inkrafttreten, Geltungsdauer

Die Allgemeinverfügung tritt nach der Bekanntgabe in Kraft und mit Ablauf des 30. September 2020 außer Kraft.

Die sofortige Vollziehung wird angeordnet.

Bei länger anhaltender Pandemie durch das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 kann die Geltungsdauer in Übereinstimmung mit der gegebenenfalls vom Bundesministerium für Gesundheit mit Zustimmung des Bundesrates aufgrund von Artikel 1 (Änderung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes), Nummer 2 (§ 22 Absatz 1 Satz 2 i. V. m. § 23 Nr. 1) des Gesetzes zum Ausgleich COVID-19 bedingter finanzieller Belastungen der Krankenhäuser und weiterer Gesundheitseinrichtungen (COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz) erlassenen Rechtsverordnung verlängert werden.

6.

Bekanntgabe

Die öffentliche Bekanntgabe erfolgt am 2. April 2020 durch öffentliche Bekanntmachung auf der Internetseite des jeweils zuständigen Regierungspräsidiums.

Die Verfügung gilt am Tage nach ihrer Bekanntmachung als bekannt gegeben.

Begründung

Das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 hat sich in kurzer Zeit weltweit verbreitet. Es handelt sich weltweit und in Deutschland um eine sehr dynamische und ernst zu nehmende Situation. Die Krankenhäuser in Deutschland müssen sich auf den erwartbar steigenden Bedarf an Intensiv- und Beatmungskapazitäten zur Behandlung von Patientinnen und Patienten mit schweren Atemwegserkrankungen durch COVID-19 vorbereiten. Um sicherzustellen, dass die Krankenhäuser bei steigender Fallzahl ihre Behandlungskapazitäten gezielt für die Versorgung schwerer Infektionsfälle einsetzen können sowie Patientenströme so geordnet und effizient wie möglich lenken zu können, müssen alle geeigneten Maßnahmen ergriffen werden. Gerade angesichts besonders schwerer und lebensbedrohlicher Krankheitsverläufe und den Erfahrungen mit erheblichen Engpässen in anderen Staaten bedarf es im Besonderen einer optimalen Kooperation und der Mitwirkungsbereitschaft aller Einrichtungen zur stationären Versorgung.

Zur Begründung im Einzelnen:

Zu 1.:

Das COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetz sieht vor, dass die Länder bestimmte Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen dazu bestimmen können, Patientinnen und Patienten, die einer nicht aufschiebbaren akutstationären Krankenhausversorgung nach § 39 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB) bedürfen, vollstationär zu behandeln. In Umsetzung der Regelung des Artikels 1 Nummer 2 (§ 22 Absatz 1) des COVID-19-Krankenhausentlastungsgesetzes sind die in Ziffer 1.1 genannten Einrichtungen entsprechend des § 7 LKHG insoweit für die Behandlung von bis zum 30. September 2020 aufgenommene Patientinnen und Patienten als zugelassenes Krankenhaus bestimmt.

Für eine sinnvolle Patientensteuerung ist erforderlich, dass eine Kooperation mit einem möglichst benachbarten Akutkrankenhaus besteht, welches das Belegungsmanagement übernimmt.

Rehabilitationseinrichtungen die als Behandlungsschwerpunkt Suchterkrankungen behandeln, sind von der Regelung nicht umfasst.

Zu 2.:

Die Absprachen zur Kooperation sind in einer entsprechenden Vereinbarung festzuhalten. Dies gilt insbesondere für die Absprachen zum Belegungsmanagement durch das Akutkrankenhaus sowie für die Angaben zu geeigneten Patientengruppen – auch im Rahmen einer Negativbeschreibung. Die Versorgung von Notfällen wie Herzinfarkt oder Schlaganfällen ist grundsätzlich durch das Akutkrankenhaus zu leisten.

Zu 3.:

Die Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen legen die Vereinbarung dem jeweils zuständigen Regierungspräsidium schnellstmöglich elektronisch vor. Die Vorlage erfolgt unter Angabe des Betreffs „Kooperationsvereinbarung COVID-19“ an folgende elektronische Postfächer:

Regierungspräsidium Freiburg	poststelle@rpf.bwl.de
Regierungspräsidium Karlsruhe	poststelle@rpk.bwl.de
Regierungspräsidium Stuttgart	poststelle@rps.bwl.de
Regierungspräsidium Tübingen	poststelle@rpt.bwl.de

Die Regierungspräsidien leiten die Kooperationsvereinbarung ebenfalls elektronisch unverzüglich nachrichtlich an das Ministerium für Soziales und Integration, die Landesverbände der gesetzlichen Krankenkassen, den Verband der Ersatzkassen und die Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft, um einen Überblick über die getroffenen Absprachen und die regionale Versorgungssituation zu gewährleisten. Hierzu benennen die genannten Adressaten die notwendigen Kontaktdaten.

Zu 4.:

Soweit erforderlich kann diese Allgemeinverfügung jederzeit ganz oder teilweise widerrufen oder mit Nebenbestimmungen versehen werden.

Zu 5.:

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten sowie die Befristung der Allgemeinverfügung. Sie gilt bis einschließlich 30. September 2020.

Die sofortige Vollziehung der Verfügung gemäß § 80 Absatz 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) wird angeordnet. Die sofortige Geltung liegt im öffentlichen Interesse. Die angeordneten Maßnahmen sind notwendig, um die Patientenversorgung sowie deren Koordinierung effektiv sicherzustellen. Die Durchführung der Maßnahmen duldet keinen Aufschub, Entscheidungen über mögliche Rechtsbehelfe können nicht abgewartet werden. Das öffentliche Interesse am effektiven Schutz von Gesundheit und Leben überwiegt das Interesse der von den Anordnungen Betroffenen, die Maßnahmen erst nach einer rechtskräftigen Entscheidung durchzuführen oder zu dulden.

Zu 6.:

Die Bekanntgabe erfolgt durch öffentliche Bekanntmachung auf der jeweiligen Internetseite des zuständigen Regierungspräsidiums.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht erhoben werden. Die Klage ist zu richten bei einem Sitz des Betroffenen im

Regierungsbezirk Freiburg an das
Verwaltungsgericht Freiburg
Habsburger Straße 103
79104 Freiburg

Regierungsbezirk Karlsruhe an das
Verwaltungsgericht Karlsruhe
Nördliche Hildapromenade 1
76133 Karlsruhe

Regierungsbezirk Stuttgart an das
Verwaltungsgericht Stuttgart
Augustenstraße 5
79178 Stuttgart

Regierungsbezirk Tübingen an das
Verwaltungsgericht Sigmaringen
Karlstraße 13
72488 Sigmaringen.

Die Anfechtungsklage hat keine aufschiebende Wirkung.

Unterschriften:

Regierungspräsidium Stuttgart gez. Wolfgang Reimer	Regierungspräsidium Karlsruhe gez. Sylvia M. Felder	Regierungspräsidium Freiburg gez. Bärbel Schäfer	Regierungspräsidium Tübingen gez. Klaus Tappeser
Regierungspräsident	Regierungspräsidentin	Regierungspräsidentin	Regierungspräsident